

Lukas Papula

**Ulrich Stacher – „Rentabilität sollte
nicht das Maß aller Dinge sein“**

Forschungsseminar Archive des Helfens? Das Mittelalter der
österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Studienjahr
2014

Wien 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
2. Stachers Jugend und der politische Kontext Österreichs	4
3. Österreichs entwicklungspolitischer Kontext der 1960er	7
4. Stachers zehnjährige Tätigkeit in Afrika	12
4.1 Obervolta 1968 - 1970	13
4.2 Madagskar 1971 - 1972	14
4.3 Sambia 1972	15
4.4 Tansania 1972 - 1973	17
4.5 Kenia	18
5. Stachers beruflicher Werdegang und Österreichs entwicklungspolitischer Kontext der 1970er und 80er	22
6. Abschließende Betrachtung	29
Bibliographie	38
Annex: Schriften von und Interview mit U. Stacher	41

Der Titel dieses Beitrags nimmt die Überschrift eines Interviews der Wiener Zeitung mit U. Stacher vom 13.11.2007 auf:

https://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_reflexionen/zeitgenossen/91351_Ulrich-Stacher.html (9.3.2018)

1. Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Ulrich Stacher, einer Persönlichkeit der österreichischen Entwicklungshilfe, deren Wirken sich über eine lange Periode erstreckte. In dieser Zeit kam es, international wie auch in Österreich, zu wesentlichen Veränderungen in den Nord-Süd Beziehungen generell, und der Entwicklungshilfe im Speziellen.

Dabei wird eine Darstellung der maßgeblichen politischen und entwicklungspolitischen österreichischen Ereignisse einer biographischen Vorstellung Ulrich Stachers vorangestellt. Darauf folgt eine Analyse der persönlichen Entwicklung unter Bedachtnahme auf die Erlebnisse und Eindrücke, die Stacher in seiner beruflichen Laufbahn gemacht hat. Diese Laufbahn brachte ihn schon in jungen Jahren rund ein Jahrzehnt auf den afrikanischen Kontinent, und später in Schlüsselpositionen der staatlichen österreichischen Entwicklungshilfe.

Die Grundlage der Analyse bilden vier Interviews mit Ulrich Stacher, von denen der Autor drei führte, sowie ein früheres, welches am Institut für Internationale Entwicklung im Rahmen des Forschungsseminars aufgenommen wurde. Diese drei Interviews wurden in einem Zeitraum von rund eineinhalb Jahren geführt und waren in Form von freien Interviews gestaltet, in denen Ulrich Stacher von seinen Eindrücken diverser Ereignisse, Institutionen und Akteure, denen er in seiner Karriere begegnet ist, frei berichtete. Und er tat dies ausgiebig. Zusätzlich wurden Weggefährten und ehemalige Arbeitskollegen interviewt.

Einleitend sei erwähnt, dass Ulrich Stacher in den Interviews stets als konsequenter Realist mit hohem Sachverstand, der nicht darum verlegen ist, entwicklungspolitische Initiativen, Maßnahmen und Institutionen hinsichtlich ihrer Intention und Wirksamkeit zu hinterfragen. Dabei versteht er es auch in hohem Maße, die Motivation der einzelnen Akteure zu durchschauen, und distanziert sich von verklärender Entwicklungsromantik und normativen Pauschalrezepten.

Sowohl Stachers berufliche und persönliche Eindrücke, als auch vor allem seine

kritische Persönlichkeit, vermochten die Interviews hinreichend mit „verwertbarem Material“ hinsichtlich einer Analyse des persönlichen Werdegangs – auch seiner Anschauungen – auszustatten. Authentizität verleiht seinen Ausführungen vor allem der Umstand, verschiedenste Zugänge zur Globalthematik Entwicklungshilfe zu haben. So sammelte Stacher einerseits in den Anfangsjahren der Entwicklungshilfe Erfahrungen vor Ort in mehreren afrikanischen Staaten, erlebte andererseits die institutionelle Einbettung in die österreichische Politik und die deren Ausgestaltung bestimmenden Interessen. Zwar sind individuelle Lebenswege und persönliche Erkenntnisse per Definition subjektiv, doch Stachers Resümee basiert auf einer fundierten ganzheitlichen Kenntnis des Praxisfeldes Entwicklungshilfe, mitsamt der sie überspannenden internationalen Organisationsstruktur.

2. Stachers Jugend und der politische Kontext Österreichs

Ulrich Stacher wuchs in Niederösterreich auf und erlebte seine frühe Kindheit in einem politisch bewegten Nachkriegsösterreich¹. Vor allem in den Städten und Industriezentren war dieses Nachkriegsösterreich von Zerstörung, Lebensmittelknappheit und materiellem Notstand geprägt. Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg fand der zweite auch auf österreichischem Staatsgebiet (in den heutigen Grenzen) statt und hinterließ vielerorts eine Welle der Verwüstung. Allein in Wien wurden 6.000 Gebäude gänzlich dem Erdboden gleichgemacht und weitere 40.000 in unterschiedlichem Grad beschädigt (Vocelka 2009: 317).

Wirtschaftlich lag das Land am Boden. Ein Großteil der Industrieanlagen war entweder im Krieg zerstört worden oder wurde von der Sowjetunion nach der Potsdamer Konferenz 1945 als sogenanntes „Deutsches Vermögen“ konfisziert und abgetragen. Mit der Industrie kamen der jungen zweiten Republik auch die Arbeitsplätze abhanden. Für die Bevölkerung am schwersten aber wog die Lebensmittelknappheit, welche bis in die frühen 1950er Jahre anhielt, sodass die Lebensmittelmarken erst 1953 abgeschafft werden konnten (Vocelka 2009: 318).

¹ Interview Stacher vom 11.6.2014

Stachers Jugend war bereits von einem weit vorangeschrittenen Wiederaufbau, sowie einem sämtliche Bevölkerungsschichten umfassenden Wirtschaftsaufschwung, geprägt. Angetrieben vom sozialen Kompromiss zwischen Gewerkschaften und Unternehmervertreter setzte in den 1950ern die wirtschaftliche Erholung ein. Zwischen 1946 und 1950 verdoppelte sich das Bruttoinlandsprodukt und 1951 lag es bereits ein Drittel über dem Vorkriegsniveau (Rathkolb 2015: 105).

In Stachers Jugend fällt auch die Verfestigung der österreichischen Identität. Diese war zu Kriegsende noch kaum ausgeprägt (Rathkolb 2015: 28), fand aber bald danach ihre heute noch prägenden Komponenten. Nach Kriegsende waren Anschlussbestrebungen, die seit dem Untergang der Monarchie große Zustimmung erfahren hatten, endgültig begraben (Rathkolb 2006: 16). Nach den Erfahrungen mit Nazideutschland sowie mit Hilfe der bequemen Opferrolle der Moskauer Deklaration trennte sich der Kleinstaat nunmehr endgültig von Deutschland. Speziell die Abgrenzung gegenüber Deutschland wurde zu einer bedeutsamen Identitätsmetapher (Rathkolb 2006: 35).

Das einflussreichste politische Ereignis für die Identitätsfindung aber war die Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 und die darin proklamierte immerwährende Neutralität Österreichs. Der Staatsvertrag verschaffte Österreich nicht bloß die außenpolitische Handlungsfähigkeit, sondern wird im kollektiven Gedächtnis auch mit wirtschaftlichem Aufschwung und politischer Stabilität assoziiert.

Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages entwickelte sich Wien zu einem Standort internationaler Organisationen und, vereinzelt auch, weltpolitischer Ereignisse. So siedelten sich etwa 1957 die IAEO, 1965 die OPEC und später die UNIDO in Wien an bevor die Stadt 1973 zum dritten Sitz der UN auserkoren wurde. Weitere maßgebliche Ereignisse, welche die international neue Rolle Österreichs unterstrichen, waren 1961 das Gipfeltreffen zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien sowie die Wiener Vertragskonventionen der Jahre 1961, 1963 und 1969, welche das Völkerrecht kodifizierten.

Obzwar sich das Land international als weltoffene Kulturnation präsentierte, war

die Kleinstaatlichkeit eines der stärksten identitätsstiftenden Elemente (Rathkolb 2006: 28). Ulrich Stacher schreibt dazu: *„Die Rolle des Kleinstaates Österreich war in dieser Phase weder durch die Wirtschaftskraft noch durch eine besonders ausgeprägte politische Präsenz bestimmt. Trotzdem hatte Österreich die Möglichkeit, die europäische Nachkriegsentwicklung aktiv mitzubestimmen und sich damit auch bis zu einem gewissen Grad gegen den Einfluss der Besatzungsmächte, der stets von der weltpolitischen Interessenlage abhängig war, zu behaupten.“* (Stacher 2004: 325)

Doch ebenso gering wie das Interesse des Kleinstaates an den Gräueltaten seiner jüngeren Vergangenheit, war die allgemeine Wahrnehmung der Lage der dritten Welt. Österreichs Internationalisierungsausrichtung war westlich und nicht südlich.

Ulrich Stacher absolvierte die Reifeprüfung in Wiener Neustadt. Im Anschluss daran schloss er eine dreijährige Lehre in einem Sägewerk ab. Anfangs noch zeitgleich mit der Lehre, studierte Stacher an der damaligen Wiener Hochschule für Welthandel Wirtschaftswissenschaften².

Sein Interesse für globale Politik generell, und Entwicklungspolitik speziell, entsprang der Anteilnahme an den weltpolitischen Ereignissen seiner späten Schul- und Studienjahre: der Algerienkrieg, der Vietnamkrieg sowie die Entkolonisierung generell. Speziell die Haltung gegenüber letzterer kam einem Generationenkonflikt gleich. Die Elterngeneration musste vielfach von der moralischen Legitimität der Dekolonisierung noch überzeugt werden und war weitgehend einem missionarisch-paternalistischen Zugang verpflichtet. Jugendliche dieser Zeit erfuhren noch eine stark katholisch geprägte Erziehung, und so war auch Stachers erster Kontakt mit der Entwicklungshilfe ein an seiner Schule im Auftrag der Spendensammlung sprechender Missionar³.

² Interview Stacher vom 11.6.2014

³ Interview Stacher vom 11.6.2014

3. Österreichs entwicklungspolitischer Kontext der 1960er

Wie bereits dargestellt, war die zweite Republik nach Kriegsende Empfängerland des Marshallplans sowie, darüber hinaus, Begünstigter von hohen Weltbankkrediten. Obwohl Österreich bereits für die dreijährige Periode zwischen 1956-1959 nicht näher definierte bi- und multilaterale Finanzhilfe auswies, blieb das Land unter Berücksichtigung der Zahlungsbilanz bis 1960 ein Nettoempfänger (Eder & Krobath 1972: 167f, Hödl 2003: 28). Als zweitgrößter Pro-Kopf-Empfänger des *European Recovery Programs*, das gemeinhin als Prototyp der internationalen Entwicklungshilfe gilt, erhielt Österreich großzügige Kapitaltransfers. Davon wurde mehr als die Hälfte für Lebensmittel und Kohle eingesetzt. Obzwar Österreich damit die Erfahrung um diese wichtige Initialzündung zur wirtschaftlichen Entwicklung machte, blieb die staatliche österreichische Entwicklungshilfe eine späte und schwere Geburt, deren Hauptakteure neben dem Staat vor allem die katholische Kirche, nichtstaatliche Organisationen sowie staatliche und private Unternehmen waren.

Pionier der österreichischen Entwicklungshilfe war die katholische Kirche, die im Rahmen ihrer karitativen und missionarischen Tätigkeit in Entwicklungsländern aktiv wurde. Ab 1955 sammelte die Jungschar im Rahmen der Dreikönigsaktion Geld für Projekte zugunsten Bedürftiger im globalen Süden (Eder & Krobath 1975: 65). Bald danach traten weitere kirchliche Entwicklungshilfeprojekte in Erscheinung, wie der Familienfasttag der katholischen Frauenbewegung ab 1957 oder die Aktion *Bruder in Not* der katholischen Männerbewegung seit 1961 (Winkler 1968: 6f). Die Katholische Landjugend entsandte 1961 erstmals Entwicklungshelfer zu Projekten in Entwicklungsländer, wobei sie anfangs ohne staatliche Finanzierung in kirchlichen Ausbildungsstätten auf ihre Einsätze vorbereitet wurden (Wagner 1968: 1).

Demgegenüber widmete sich der Staat erst relativ spät und halbherzig der Entwicklungshilfe– auch im Vergleich mit anderen westlichen Geberländern. Aufgrund fehlender Kolonialvergangenheit sowie der allgemeinen Anstrengungen des Wiederaufbaus, waren im ersten Nachkriegsjahrzehnt weder das öffentliche Interesse, noch der politische Wille vorhanden, um sich mit

Entwicklungshilfe zu beschäftigen (Höll 1986: 35). Immerhin verpflichtete sich Österreich als Gründungsmitglied der OECD im Jahr 1961 formell-rechtlich zur Leistung von Entwicklungshilfe. Danach gab es, auch vor dem Hintergrund des weltpolitischen Umfeldes und der voranschreitenden Dekolonisierung, erstmals einschlägige öffentliche Äußerungen von Politikern. Am 28.10.1959 wurde die erste parlamentarische Anfrage zur Entwicklungshilfe gestellt (Hödl 2004: 31)⁴. Das Ausrufen der 1960er als erste Entwicklungsdekade durch die UN, der Beitritt Österreichs zum DAC, dem Entwicklungshilfesausschuss der OECD, und die Ansiedlung der UNIDO 1966 waren allesamt mitursächlich dafür, Entwicklungshilfe im politischen Diskurs zu verankern. Dennoch blieb die Rolle der Entwicklungshilfe in der Politik „marginal“ (Hödl 2004: 29).

Die anfängliche Debatte drehte sich ausschließlich um allgemeine Motive. So erfolgte die Thematisierung hauptsächlich als „publikumsorientierte Rhetorik und ein Bündel an Begründungen: Antikommunismus, außenpolitische Rücksichten, ökonomisches Kalkül und humanitäre Motive“ (Hödl 2003: 198). Nationalstaatliche Aspekte der Entwicklungshilfe entwickelten sich erst Mitte der 1960er (Hödl 2004: 30). Im Zuge dessen entdeckte die Politik vor allem die Förderung des Exports und die Erschließung von Märkten für die österreichische Industrie als Leitmotive ihrer Entwicklungshilfepolitik.

Der entwicklungspolitische Diskurs drehte sich auch seit jeher um die Organisation und Kompetenzaufteilung der staatlichen Entwicklungshilfe. Ursprünglich vergaben einzelne Ministerien autonom im Rahmen ihre Zuständigkeit sowie ihres Budgets Mittel für eingegangene Projektanträge⁵. Mit Ausnahme des Verteidigungs- und des Justizministeriums waren sämtliche Ministerien mit der Vergabe von Projekthilfe befasst und hatten dafür entweder Abteilungen eingerichtet oder zumindest einen eigenen Sachreferenten bestellt (Eder & Krobath 1972: 35f). Dabei erfolgte aber keine Koordination der Ministerien untereinander, sodass die Entwicklungshilfekompetenz weitestgehend fragmentiert blieb. In diesem Zustand der Kompetenzstreuung

⁴ Abg Peter Strasser, SPÖ,-an Außenminister Kreisky (36/J,28.10.1959, NR Protokolle IX/8)

⁵ Für eine detailliertere Darstellung der Kompetenzverteilung vor Gründung des IKFE siehe Brusatti 1963: 9f

wurden Stimmen nach einer Bündelung der Entwicklungshilfeverwaltung laut⁶. Während die BRD bereits 1961 ein eigenes Entwicklungshilfeministerium eingerichtet hatte, entstand in Österreich als erster Versuch einer Entwicklungshilfeadministration ein beratendes Gremium, welches zumindest die Koordination der Ministerien untereinander ermöglichte. Mit Ministerratsbeschluss vom 21.5.1963⁷ wurde das Interministerielle Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer (IKFE) ins Leben gerufen. Das IKFE, in dem die Sektion V (Wirtschaftliche Koordination) des Bundeskanzleramtes den Vorsitz inne hatte, war ein bloß vorbereitendes und beratendes Organ, das weder Entscheidungskompetenz besaß – diese verblieb beim zuständigen Ministerium – noch öffentlichkeitswirksam tätig werden konnte. Immerhin wurden dem IKFE aber die gebündelten Anträge vorgelegt, welche das IKFE dann begutachtete und dem Ministerrat eine Empfehlung darüber vorlegte. Jedoch blieben die Agenden der multilateralen Hilfe beim Außenministerium und die Zuwendungen an Internationale Finanzinstitutionen beim Finanzministerium, sodass das IKFE ausschließlich mit der öffentlichen bilateralen technischen Hilfe befasst war.

Ein Jahr nach Gründung des IKFEs wurden zur Förderung der Exporte nach Entwicklungsländern mit dem Entwicklungshilfeexportförderungs-⁸ sowie dem Starthilfekomitee⁹ zwei zusätzliche Gremien gegründet, welche sich explizit der Außenhandelsförderung widmeten.

Die Entwicklungshilfeszene wurde auch bald von privaten Organisationen bevölkert. Neben den Anfängen der staatlichen Entwicklungsverwaltung wurden die 1960er Jahre auch zur „Gründerzeit“ (Hödl 2003: 38) der Nichtregierungsorganisationen. Da der Staat in der bilateralen technischen Hilfe über keine Durchführungsorganisation besaß, zählten die NGOs neben der staatlichen und privaten Industrie zu den Hauptakteuren dieser Form von

⁶ Abg. Weiß (ÖVP) forderte z.B. „eine Koordinierung der gesamten Entwicklungshilfe“ (NR-Protokolle IX/84, 1961: 3595)

⁷ Ministerratsvorlage über die Einsetzung des IKFE 7/21 vom 21.5.1963

⁸ Ministerratsvorlage über das Verfahren bei der Exportförderung nach Entwicklungsländern 11/50 vom 15.6.1964

⁹ Ministerratsvorlage über die Förderung österreichischer Firmen in Entwicklungsländern „Starthilfe“ vom 12/14 vom 18.6.1964

Entwicklungshilfe und etablierten sich schnell als integraler Bestandteil der österreichischen Entwicklungshilfelandschaft. Bei der Entstehung der Entwicklungshilfeorganisationen spielte die katholische Kirche eine ebenso federführende Rolle wie in der österreichischen Entwicklungshilfe im Allgemeinen. Am deutlichsten wird dies bei den Entsendeorganisationen. So entsandte beispielsweise die katholische Landjugend bereits 1961 Entwicklungshelfer zu Projekten. 1963 wurde als weitere Entsendeorganisation das Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) gegründet, welches sich der Auswahl, Vorbereitung und Entsendung von hauptsächlich akademischen Fachkräften widmete (Eder & Krobath 1974: 57f). Die vom IIZ entsandten Entwicklungshelfer leisteten vor allem Beratungs- sowie Lehrtätigkeit an Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern. 1968 übernahm der österreichische Entwicklungshelferdienst (ÖED) die Entsendetätigkeit der katholischen Landjugend (Eder & Krobath 1974: 106ff). Diese bestand in erster Linie aus der Betreuung ländlicher und vor allem kirchlicher Projekte (Winkler 1980: 169). Das IIZ und der ÖED waren, so wie alle katholischen mit Entwicklungshilfe befassten Organisationen, Teil der Koordinationsstelle für Entwicklungshilfe der österreichischen Bischofskonferenz, welche gemeinsame Leitlinien und Grundsätze formulierte sowie die einzelnen Entwicklungshilfeaktivitäten überprüfte und aufeinander abstimmte (Eder & Krobath 1974: 74).

Komplementiert wurden diese beiden kirchlichen Entsendeorganisationen durch den 1965, auf Vorschlag von Bundeskanzler (erst ab 1966 BK) Klaus vom Bundesjugendring als dessen Entwicklungshilfe- und Entsendeorganisation, gegründeten Österreichischen Jugendrat für Entwicklungshilfe. Seine Mitglieder waren einerseits katholische Organisationen, aber auch Vorfeldorganisationen beider Großparteien. Neben diesen drei großen Entsendeorganisationen gab es eine Reihe weiterer kleinerer, auf die hier nicht näher eingegangen wird.

Schon vor den Entsendeorganisationen etablierten sich Betreuungsorganisationen, die sich um die seit Unterzeichnung des Staatsvertrages sprunghaft angestiegene Anzahl an Studenten aus

Entwicklungsländern an österreichischen Hochschulen, vor allem aus dem arabischen Raum, kümmerten. Die katholischen Afro-Asiatischen Institute in Wien und Graz organisierten Unterbringung und Stipendien für ausländische Studenten und berücksichtigten in ihren Mensen die kulturellen Essgewohnheiten der Studierenden (Eder & Krobath 1974: 22f). Als weitere bedeutsame Betreuungsorganisation etablierte sich der Österreichische Austauschdienst (ÖAD) als gemeinsame Gründung der Rektorenkonferenz und der Hochschülerschaft. Abschließend gab es als weitere nichtstaatliche Akteure österreichischer Entwicklungshilfe Forschungsinstitute wie die Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) und das Wiener Institut für Entwicklungsfragen (Eder & Krobath 74).

Die Umsetzung vor allem der bilateralen technischen Hilfe auf mediatisiertem Weg machte die diversen Entwicklungshilfeorganisationen rasch zu einem wesentlichen Strukturelement der österreichischen Entwicklungshilfe. Dabei sei aber erwähnt, dass die NGOs nur eine von zwei Kategorien der Durchführungsorganisationen waren, noch dazu jene, die den erheblich geringeren Anteil der öffentlichen Mittel erhielten. Die zweite, und die staatlichen Zuwendungen dominierende, Kategorie bestand aus staatlichen und privaten gewinnorientierte Unternehmen, die sich ihr Auslandsgeschäft mit der Dritten Welt fürstlich subventionieren ließen.

Eine Bewertung der österreichischen Leistungen im ersten Jahrzehnt der öffentlichen Entwicklungshilfe, den 1960ern, muss verhalten ausfallen. Sowohl quantitativ als auch qualitativ, blieb die sich immer größerer Prosperität erfreuende zweite Republik deutlich hinter ihren Möglichkeiten und der Rhetorik ihrer politischen Mandatsträger zurück. Bereits in den 1960ern verpflichtete sich Österreich dazu, ein Prozent seines BNPs als Summe der öffentlichen und privaten Nettoleistungen in einem Verhältnis von 7:3 an Entwicklungsländer zu leisten¹⁰. Beide Ziele verfehlte Österreich deutlich im ersten Jahrzehnt staatlicher Entwicklungshilfeverwaltung.

¹⁰ Uno Generalversammlung 1960, sowie UNCTAD I 1964, 1% ... UNCTAD II 0,75

Ungeachtet der formellen Neutralität waren unter den Empfängerländern der 1960er ausschließlich eindeutig pro-westliche Staaten, was der österreichischen Entwicklungshilfe zudem eine, wenn auch im Einklang mit der Praxis aller DAC Geberländer stehende, antikommunistische Prägung verlieh. Die bilaterale technische Hilfe, spielte dabei quantitativ im Gegensatz zur Finanzhilfe bloß eine Nebenrolle.

Das aktuelle Kapitel hat versucht, das sozio-ökonomische und entwicklungspolitische Umfeld seiner Jugend und damit den Kontext, in dem sich der junge Ulrich Stacher für Entwicklungshilfe zu interessieren begann, darzustellen. Das nächste Kapitel widmet sich Stachers zehnjährigem Afrikaaufenthalt.

4. Stachers zehnjährige Tätigkeit in Afrika

Nachdem er seine Lehre sowie das Bundesheer absolviert und sein Studium abgeschlossen hatte, ging er zur Arbeiterkammer Wien. Dort nahm er eine Stelle in der Abteilung Wirtschaftsstatistik an und bezeichnet dies als den Anfang dessen, was seine „Berufskarriere“ begründen, aber sein in Kursen und Ausbildungsblöcken des IIZ gefestigtes Interesse für Entwicklungsarbeit nicht unterbrechen sollte¹¹. Gleichzeitig war er nämlich auf der Suche nach einem Auslandsengagement in einem Entwicklungsland. Ursprünglich hätte Stacher als Lehrer in der geplanten Holzfachschule an der österreichischen Schule in Guatemala unterrichten sollen, ging dann stattdessen aber 1968 nach Obervolta. Für diese Anstellung wurde Stacher von der Arbeiterkammer für zwei Jahre karenziert. Dass sich eine insgesamt zehnjährige Tätigkeit am afrikanischen Kontinent ergeben würde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar.

¹¹ Interview Stacher vom 11.6.2014

4.1 Obervolta 1968 - 1970

Die Kolonie Obervolta, heute Burkina Faso, erlangte am 5. August 1960 ihre Unabhängigkeit von Frankreich. Das Land blieb wie andere ehemalige Kolonien Frankreichs weiterhin finanziell von der ehemaligen Kolonialmacht abhängig. Von Österreich erhielt Obervolta 1966 erstmals öffentliche bilaterale Zuwendungen (Eder & Krobath 1972: 220). Als Stacher 1968 ins Land kam belief sich die Anzahl der österreichischen Entwicklungshelfer und Experten in Obervolta auf sechs, nachdem im Jahr zuvor erstmals vier Österreicher in Entwicklungshilfeprojekte eingestiegen waren (Eder & Krobath 1972: 300).

Stacher lehrte Wirtschaftsgeographie und Volkswirtschaft am sozialwirtschaftlichen Studienzentrum in Bobo Dioulasso. Träger des Projektes vor Ort war ein internationales Institut, ursprünglich von den Weißen Vätern gegründet, die im Zuge ihrer Missionstätigkeit diverse Defizite in Bildung und Ausbildung identifizierten. Das Projekt bot eine einjährige Ausbildung, an der Studierende nach bestandenem Mittelschulabschluss sowie drei Jahren Berufserfahrung teilnehmen konnten. Trotz seiner Ansiedelung in einem von Missionaren gegründeten Institut war das Ausbildungsprogramm der Schule alles andere als missionarisch und gewährte Studierenden jeglicher Konfession Zugang. Diese Ausbildungsinstitution war eines jener afrikanischen Projekte Stachers, das er später als sinnvoll einstufte¹². Die Ausbildung verbesserte nicht nur die Berufsaussichten der Studierenden selbst sondern war auch als Ideenträger für Programm- und Projektansätze in den französischsprachigen Ländern Afrikas von überregionaler Bedeutung. Stacher blieb knapp zwei Jahre bevor er für ein halbes Jahr nach Österreich zurückkehrte.

In diesem halben Jahr kehrte er nicht zur Arbeiterkammer zurück, sondern engagierte sich im Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ) und betreute Ausbildungskurse beim Österreichischen Entwicklungshelferdienst. Begleitend war Stacher aber schon wieder auf der Suche nach einem weiteren

¹² Interview Stacher vom 11.6.2014

Auslandsprojekt und wurde auch fündig. Ende 1970 trat er in den Dienst der Freidrich Ebert Stiftung in Bonn, die bis zu seiner Rückkehr nach Österreich 1977 sein Arbeitgeber war. Anfang des Jahres 1971 wurde er als stellvertretender Leiter eines gemeinwirtschaftlich ausgerichteten Forschungsinstitutes nach Antanarivo auf Madagaskar entsandt.

4.2. Madagaskar 1971 – 1972

Die französische Kolonie Madagaskar erlangte ihre Unabhängigkeit am 26. Juni 1960. Als erster Präsident wurde Philibert Tsiranana gewählt, dessen Regierungszeit von einer fortdauernden Bevorzugung französischer Siedler geprägt war. Ein weiteres wesentliches Merkmal seiner Amtszeit war ein kompromisslos prowestlicher und antikommunistischer Kurs, welcher dem Land die Unterstützung der USA sicherte. Als Stacher 1971 nach Madagaskar kam, war Tsirananas Politik und Regierungsführung bereits Ziel heftiger öffentlicher Kritik. 1972 musste er schließlich nach Protesten und deren blutiger Niederschlagung die Regierungsmacht an die Armee übergeben. Als Nachfolger kam der Armeegeneral und französische Militärveteran Gabriel Ramanantsoa mit einer provisorischen Regierung an die Macht. Er vollzog eine ideologische Kehrtwende in der Außenpolitik und intensivierte die Beziehungen mit der Sowjetunion, von der man sich Entwicklungshilfe verhoffte.

Die Aufgabe des Forschungsinstitutes, dessen stellvertretender Leiter Stacher wurde, war es, Verbesserungsvorschläge für den gemeinnützigen Sektor (Genossenschaften und Gewerkschaften) zu erarbeiten. Im Hintergrund stand das Bestreben, dass Bauern ihre Erzeugnisse nicht mehr nur an Großhändler verkaufen, sondern selbst lagern und auf die Märkte bringen sollten – was wiederum angesichts der schlecht entwickelten Infrastruktur mit erheblichen Problemen verbunden war. Es wurden daher von Regierungsseite regionale Genossenschaften, sogenannte *Syndicats des Communes*, zur Lagerung und Vermarktung der Produkte gegründet, die allerdings auch dem direkten Zugriff

des Staates und der lokalen Politik ausgesetzt waren. Die Regierung wollte die Bauern stärker in die Wirtschaft des Landes integrieren und ihre Selbstorganisation fördern. Das Forschungsinstitut sollte bei der Entwicklung und Implementierung der wirtschaftlichen und organisatorischen Grundlagen Beratung leisten und Zugang zu Finanzierungsinstitutionen erleichtern.¹³

Am Forschungsinstitut wirkte Stacher an der Erstellung von Studien und der Implementierung von Strukturverbesserungsmaßnahmen mit, erlebte aber zugleich die erste politische Sabotage eines Projektes. Der Gewerkschafter und spätere Innenminister, der diese *Syndicats des Communes* aus der Taufe gehoben hatte, fiel politisch in Ungnade. Das Ansehen und die Arbeit des Forschungsinstitutes ereilten dasselbe Schicksal. Dadurch, dass den Bauern ihre Möglichkeiten aufgezeigt wurden, befürchtete die Regierung eine allzu große Selbstbestimmung der Bevölkerung und betrachtete das Institut fortan argwöhnisch als subversiv. Stacher selbst wurden subversive und sogar „kommunistische“ Umtriebe unterstellt, nachdem er diverse Zeitungsartikel gesammelt und ausgewertet hatte. In der Folge wurde ihm nahegelegt, das Forschungsinstitut zu verlassen. Zudem hatte das Institut aufgrund von Bauernrevolten in den südlichen Landesteilen eine deutliche Verkleinerung sowie eine Reduktion seiner Aufgaben erfahren. Vor diesem Hintergrund kam Stacher das Angebot, an einer Regionalplanungsstudie in Sambia mit zu arbeiten, mehr als gelegen¹⁴.

4.3 Sambia 1972

Sambia, die frühere britische Kolonie Nordrhodesien, erlangte unter der Führung Kenneth Kaundas am 24. Oktober 1964 die Unabhängigkeit. Bereits zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit war Sambias wirtschaftliche Lage schwierig. Nach der „Einseitigen Unabhängigkeitserklärung“ der weißen Siedlerregierung Südrhodesiens – heute Zimbabwe – schloss Sambia im Rahmen der internationalen Sanktionen die Grenze und musste seine Exporte, vor allem

¹³ Interview Stacher vom 11.6.2014

¹⁴ Interview Stacher vom 11.6.2014

Kupfer, zuerst über die Benguelabahn durch Angola, und später die neu errichtete Tanzam nach Dar es Salaam verschicken. In Verbindung mit sinkenden Rohstoffpreisen und steigenden Energiekosten verschärfte sich damit die schlechte wirtschaftliche Bilanz.

Die Regionalplanungsstudie an der Stacher nun mitarbeitete, sollte die Möglichkeiten der ländlichen Entwicklung in sogenannten „Intensive Development Zones“ (IDZ) aufzeigen. Als Beispielregion wurde von der Regierung Zambias die Ostprovinz mit dem Zentrum Chipata ausgewählt. Diese Studie wurde aufgrund der Bestrebungen Kenneth Kaundas, eine ländliche Entwicklungsoffensive zu starten und so die Wirtschaft zu diversifizieren, in Auftrag gegeben. Die hohe Abhängigkeit vom Kupferabbau sollte verringert und andere Einnahmequellen sollten erschlossen werden. Dafür musste die Landwirtschaft entwickelt werden. Es war bekannt, dass es in der Ostprovinz fruchtbare Böden gab und die Zahl der britischen Farmer nicht so groß war, dass daraus unüberwindbare politische Widerstände entstehen konnten. In den geplanten *Intensive Development Zones (IDZs)* sollten landlose sambische Bauern angesiedelt, die Infrastruktur entwickelt und anfänglich auch Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Die zur Überprüfung der Umsetzbarkeit, sowie zur theoretischen Fundierung, des Konzepts durchgeführte Studie wurde im Jahr 1972 in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert. Zwar zeigte diese Studie laut Stacher viele Möglichkeiten der Entwicklung auf, jedoch wurde davon kaum etwas umgesetzt und das Konzept der IDZs letztlich nicht in die Entwicklungsstrategie des Landes übernommen. Wie schon in Madagaskar waren wieder politische Blockadeanstrengungen am Werk und erfolgreich. Zwar waren die IDZs ein Anliegen von Präsident Kaunda, andere Regierungsmitglieder aber sahen ihre Interessen gefährdet. Sie waren dem Kupferabbau verpflichtet und unterminierten sukzessive das Regionalentwicklungsmodell. Zudem hatten etliche weiße Farmer, welche damals noch großen politischen Einfluss hatten, Angst ihre Monopolstellungen zu verlieren. Und sie wussten ihren Bedenken

Ausdruck zu verleihen. So kam es schlussendlich dazu, dass – obwohl die Bunderepublik Deutschland eine Mitfinanzierung angeboten hatte – nichts von dem Konzept der IDZs umgesetzt wurde. Zum zweiten Mal verließ Stacher ein politisch torpediertes, aber in seiner Konzeption sinnvolles, Entwicklungsprojekt und begann mit Beginn des Studienjahres 1972/73 seine Tätigkeit als *research fellow* an der Universität von Dar es Salam in Tansania¹⁵.

4.4 Tansania 1972 - 1973

Tanganyika, seit dem ersten Weltkrieg ein Völkerbundmandat der Briten, erlangte seine Unabhängigkeit am 9. Dezember 1961. Drei Jahre später wurde daraus durch die Union mit Sansibar Tansania. Julius Nyerere, erster Präsident Tansanias, versuchte Wirtschaft und Gesellschaft des Landes gemäß einem wesentlich von ihm geprägten Konzept des Afrikanischen Sozialismus umzugestalten. Er war international hoch angesehen, was Tansania nicht zuletzt dazu verhalf, zu einem der größten afrikanischen Empfänger von Entwicklungshilfe zu werden (Meredith 2005: 250).

Nyerere führte eine umfassende Verstaatlichung von Industrie, Banken und Versicherungsunternehmen durch und machte den Staat zum Eigentümer von Grund und Boden, an dem die Besitzer Nutzungsrechte hatten (Meredith 2005: 252). Zentrales Element der ländlichen Entwicklung waren die „*Ujamaa*-Dörfer“, Siedlungen mit kollektiver agrarwirtschaftlicher Struktur. Die Eingliederung und teilweise Umsiedlung in *Ujamaa*-Dörfer erfolgte anfangs freiwillig. Die Kollektivierung der Landwirtschaft verlief für Nyerere jedoch deutlich zu langsam. Deswegen verhängte er im November 1973 die zwangsweise Vollstreckung der Umsiedlungen (Meredith 2005: 254). Bis 1977 wurden weitere elf Millionen Menschen umgesiedelt, was in der größten Migrationsbewegung der afrikanischen Geschichte bis dahin mündete (Meredith 2005: 255). Entgegen Nyereres Vision, waren die *Ujamaa*-Siedlungen alles andere als von Erfolg gekrönt. Die landwirtschaftliche Produktion brach ein und

¹⁵ Interview Stacher vom 11.6.2014

anstatt die Selbstversorgung zu fördern war Tansania ab 1975 auf den Import von Nahrungsmitteln angewiesen.

In Verbindung mit dem Verfall der Preise für Sisal, Kaffee und Tee machten die beiden Ölpreisschocks der nationalen Ökonomie schwer zu schaffen. Die Abhängigkeit von Entwicklungshilfe und Krediten internationaler Gläubiger verstärkte sich.

Als *research fellow* an der 1970 gegründeten Universität Dar es Salaam nahm Stacher an der Ausarbeitung einer Studie zur Dezentralisierung der Verwaltung und zur Stärkung der Mitbestimmung der Regionen und Gemeinden an der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung teil, bei der auch die Rolle der Frauen einen Schwerpunkt bildete. Ausgangspunkt war eine Studie der UN, welche das Potential einer partizipativen Regionalentwicklung aufzeigte.

Nachdem das Grundkonzept der Studie vorlag, wurde die Durchführung an der Universität jedoch nicht weiter verfolgt, obwohl auch hierfür die Finanzierung durch die BRD gesichert gewesen wäre. Der Professor, welcher die Projektleitung innehatte, wurde politisch als nicht mehr verlässlich angesehen. Ein Richtungskampf in der Einheitspartei war dafür verantwortlich. Nach zwei Semestern Grundlagenarbeit wurde das Projekt mit der offiziellen Erklärung von internen Auffassungsunterschieden abgewürgt. Zudem erzählt Stacher, dass einige der zu untersuchenden Regionen separatistische Bewegungen beheimateten – z.B. die Provinz Westlake oder auf Sansibar - was eine Stärkung der Autonomie dieser Regionen politisch unerwünscht machte¹⁶. Nach einem weiteren erfolglosen Projekt zog Stacher also nach rund einem dreiviertel Jahr 1973 weiter nach Kenia, zu seiner letzten Station in Afrika.

4.5 Kenia 1973 - 1977

Kenia erlangte seine Unabhängigkeit von Großbritannien im Dezember 1963 nach einem Jahrzehnt politischer Unruhen, deren Kern die Mau-Mau-Revolte

¹⁶ Interview Stacher vom 11.6.2014

bildete. Jomo Kenyatta, Staatschef von 1963 bis zu seinem Tod 1978, war Vertreter einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung und bemühte sich intensiv um Auslandsinvestitionen. Sein Generalkonzept für wirtschaftliche Prosperität war das sogenannte *Harambee*, das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Kenyattas partizipative Entwicklungsstrategie verzeichnete anfangs große Erfolge. Die Agrarproduktion und das Bruttoinlandsprodukt wuchsen zehn Prozent im Jahr und es entstanden Infrastruktur sowie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Dennoch vermochte der wirtschaftliche Aufschwung nicht mit der Bevölkerungsexplosion Schritt zu halten. Auch die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft im Umfeld des Kenyattaclans führte zu erheblichen Wirtschaftsproblemen und verstärkte die regionalen und sozialen Fehlentwicklungen¹⁷.

Als verpasste Gelegenheit erwies sich die durch Großbritannien finanzierte Landreform, das sogenannte *1 million acre scheme*. Statt einer Landverteilung unter Landlosen und Kleinbauern kam es zur Konzentration des Landbesitzes in den Händen weniger. Gemäß dem ursprünglichen Plan sollten die von weißen Siedlern bewirtschafteten Anbauflächen genossenschaftlich aufgeteilt und bewirtschaftet werden. Die Bauern wollte man unterstützen und ihnen Produktions- und Vermarktungsstrukturen bieten. Die agrarische Bewirtschaftung blieb dabei stets zentralistisch organisiert. Vorgegeben wurden beispielsweise Anbaupläne sowie -zyklen oder die Verwendung gewisser Düngemittel, die auch bereitgestellt wurden. Die neu angesiedelten Farmer konnten ihre durch die Landübertragung und die Betriebsmittelbereitstellung entstandenen Schulden aber nicht zeitgerecht abtragen und mussten verkaufen oder wurden zu Genossenschaftsmitgliedern, die das Land bewirtschaften durften.

Ulrich Stacher kam im Herbst 1973 als „Integrierter Experte“ in das Ministerium für Genossenschaftsentwicklung nach Nairobi zu einem Zeitpunkt, in dem der Widerstand gegen die „regierende Familie“ um Kenyatta bereits mehrmals heftig

¹⁷ Schriftliche Mitteilung U. Stacher vom 11.03.2018

aufgeflammt war. Aus seiner Sicht brachte die Landreform für viele, die früher bloß Tagelöhner gewesen waren, eine markante Verbesserung der Lebenssituation. Erhebliche Probleme in der Organisation der Agrargemeinschaften brachte jedoch der Umstand, dass die Farmer ihren alten Dorfstrukturen entrissen wurden und neue Gemeinschaften erst gebildet werden mussten, was politischen Einflüssen Tür und Tor öffnete. Um ein halbwegs funktionierendes Gemeinwesen zu ermöglichen, wurden Dorfgemeinschaftsräte und Genossenschaftsversammlungen gegründet, die alle drei bis vier Wochen zusammentraten und in denen Betroffene ihre Wünsche äußern konnten. Stacher meint auch, vor der Einsetzung dieser Dorfgemeinschaften fühlten sich viele Landarbeiter zwangsversetzt¹⁸.

Ein anderer Unruheherd war die Kostenübernahme für die Bewirtschaftung. Obwohl, wie bereits erwähnt, die Bewirtschaftung sogar bis zur Verwendung des Düngers zentralistisch vorgegeben wurde, mussten die Bauern die Kosten für die Bewirtschaftung übernehmen – es wurden ihnen also mit dem Saatgut, Dünger und Werkzeug auch Schuldbriefe übergeben. Stacher meinte, dass das Geld vorhanden gewesen wäre, um den Landarbeitern diese Dinge unter günstigeren Bedingungen zu überlassen; es gab dazu ja auch relativ großzügige Finanzierungshilfen aus dem Ausland und von den internationalen Organisationen der Entwicklungsfinanzierung¹⁹. Weil die Bauern aber einer horrenden Verschuldung ausgesetzt waren, gab es vereinzelt regionale Unruhen und Sabotageakte als Ausdruck des Widerstandes. Dies passierte vor allem dort, wo einheimische Investoren die Bauern entschuldeten, indem sie ihnen das Land – oft viel zu billig – abkauften.

Weil auch Finanzierungsmittel verschwanden und die Finanzgebarung des gesamten Sektors intransparent war, wurde Stacher zur Einrichtung einer Kontroll- und Revisionsstelle im Genossenschaftsministerium beigezogen. So schrieb Stacher mit drei kenianischen Mitarbeitern Berichte und Studien, welche Vorschläge für eine verbesserte Kontrolle der Genossenschaften und ihrer

¹⁸ Interview Stacher vom 11.6.2014

¹⁹ Interview Stacher vom 11.6.2014

Zahlungsflüsse lieferten. Dabei musste Stachers Team sehr vorsichtig agieren und auf alle Fälle vermeiden, persönliche Schuldzuweisungen zu treffen - auch wenn diese oft zweifelsfrei begründet waren. Systemische Mängel, die oft auch durch ausländische Beratungs- und Finanzhilfen verursacht wurden, mussten identifiziert und aufgezeigt werden. Auch habe der Minister ihm gegenüber Bedenken über die Nachhaltigkeit der Existenz dieser Stelle geäußert, die logischerweise das Missfallen vieler politischer und lokaler Nutznießer erregte.

Mit einer Gesamtdauer von dreieinhalb Jahren war das Engagement in Kenia Stachers längster Aufenthalt seiner rund zehnjährigen Afrikaerfahrung. 1977 kehrte er nach Österreich zurück. Zu diesem Zeitpunkt war seine ursprüngliche Karenz bei der Arbeiterkammer bereits lange ausgelaufen. Sorge, keine Beschäftigung zu finden, musste Stacher aber nicht haben. Mit seiner langen Erfahrung in fünf afrikanischen Ländern und in solch unterschiedlichen Positionen konnten damals in Österreich nur wenige aufwarten. Und so ging Stacher zum damals noch existierenden Arbeitsamt für akademische Berufe in Wien, welches ihm binnen weniger Tage bereits fünf Angebote machte²⁰. Österreichische Unternehmen suchten damals händeringend nach Mitarbeitern mit Auslandserfahrung. Zwar war die Exporttätigkeit österreichischer Unternehmen in die afrikanischen Länder noch eher bescheiden, dennoch wuchs sie stetig. Viele Firmen hatten zudem das zukünftige Potential des Kontinents erkannt und vor diesem Hintergrund war Stachers Biographie eine äußerst Gefragte. Stacher schlug diese Angebote aber aus; er wollte entwicklungspolitisch und nicht exportorientiert arbeiten. Sein Gedanke, ein Doktorat über Fragen der Entwicklungshilfe zu absolvieren, hielt nicht lange an; er fand außer einem Dozenten an der soziologischen Fakultät der Universität Linz keinen mit Entwicklungshilfe befassten und somit thematisch in Frage kommenden Betreuer²¹.

²⁰ Interview Stacher vom 23.11.2015

²¹ Interview Stacher vom 11.6.2014

5. Stachers beruflicher Werdegang und Österreichs entwicklungspolitischer Kontext der 1970er und 80er

Während Stachers zehnjährigem Afrikaengagement hatte sich die österreichische entwicklungspolitische Landschaft gewandelt. Einerseits erfolgte durch die Regierungen Kreiskys, im Einklang mit den generellen außenpolitischen Bestrebungen, erstmals eine öffentlichkeitswirksame Inszenierung von Entwicklungsagenden. Andererseits wurde die staatliche Entwicklungshilfeadministration umstrukturiert.

Gegen Ende der 1960er Jahre hatte die ÖVP Alleinregierung die Entwicklungshilfe sukzessive verringert (Ornauer 1979: 321). Demgegenüber stiegen Exportfördermaßnahmen, wie die zu 90 Prozent staatlich garantierten Exportkredite. Mit dem Regierungsantritt Kreiskys 1970 drang die Entwicklungszusammenarbeit, wie sie später hieß, prominenter in den öffentlichen Diskurs ein. Am 24. Oktober 1970 stimmte auch die SPÖ Alleinregierung in der UN-Generalversammlung der Resolution 2626 zu, welche die Signatäre verpflichtete, 0,7 Prozent des BNP für öffentliche Entwicklungshilfe bereit zu stellen. Kreisky erkannte auch die Bedeutung der dritten Welt als politischem Faktor, und dies nicht erst seit seiner Kanzlerschaft. Speziell als Kanzler war er jedoch ein Verfechter von großangelegten Industrie- und Infrastrukturprojekten und trat für einen Marshallplan für die dritte Welt ein. Kreiskys Entdeckung der Dritten Welt fand auch Ausdruck im zunehmenden Handel Österreichs mit Entwicklungsländern, sowie in den zahlreichen Auslandsvertretungen, welche während seiner Kanzlerschaft gegründet wurden.

Wesentlich Impulse für eine Reorganisation der entwicklungspolitischen Kompetenz gingen von der 1971 von privaten Entwicklungshilfeorganisationen einberufenen Enquete aus, an der 39 Organisationen teilnahmen. Das Hauptaugenmerk lag auf der Verabschiedung eines Gesetzes, welches das Verhältnis zwischen dem Staat und den NGOs regelte. Dieses Gesetz wurde am 10 Juli 1974 als sog. Entwicklungshilfegesetz einstimmig vom Parlament

beschlossen²². Wesentliche Neuerungen waren die Schaffung einer Planung und Berichterstattung in Form von Dreijahresplänen sowie die Einrichtung eines Entwicklungshilfebeirates, der ursprünglich aus rund 50 Vertretern von Parteien und Institutionen sowie Fachexperten bestand. Ein parallel dazu ausgearbeitetes Gesetz, das die entsandten Entwicklungshelfer sozialrechtlich absicherte, wurde allerdings erst zehn Jahre später erlassen²³.

Bereits 1970 hatte die Regierung dem IKFE ein Ministergremium zur Seite gestellt²⁴, das aber wenige Änderungen hinsichtlich der Tätigkeit des IKFEs zur Folge hatte. 1973 wurde dann dem Bundeskanzleramt (BKA) die Generalkompetenz für Entwicklungspolitik infolge der Novellierung des Bundesministerengesetzes übertragen²⁵. Das IKFE stellte daraufhin seine Tätigkeit ein. Die Generalkompetenz bestand letztlich in einer pro forma Aufsichtskompetenz; de facto hatte das BKA bloß knapp zehn Prozent der öffentlichen Entwicklungsausgaben zur eigenen Verwaltung (Liebmann 1994: 59). Agenden der multilateralen Hilfe verblieben beim Außenministerium, und die zahlenmäßig dominanten Zuwendungen an internationale Finanzorganisationen blieben Kompetenz des Finanzministeriums.

Nicht nur organisatorisch, sondern geradezu programmatisch, wurde die Entwicklungshilfe in der Sektion IV „verstaatlichte Betriebe“ des BKA angesiedelt. Dafür wurde innerhalb der Sektion IV die Gruppe Entwicklungshilfe gegründet, welche sich in drei Abteilungen gliederte: Die Abteilung 9 für allgemeine Angelegenheiten (Grundsatzabteilung), die Abteilung 10, welche mit Angelegenheiten der technischen Hilfe betraut war, sowie die Abteilung 11 für finanzielle Angelegenheiten (Liebmann 1994: 60). Die Sektion IV war auch schon davor für die handels- und exportpolitischen Beziehungen mit Entwicklungsländern zuständig gewesen (Brusatti 1963: 9), sodass im Umgang mit Ländern der Dritten Welt ein gewisses Maß an Kontinuität bestand und nicht gänzlich neues Neuland betreten wurde. Darüber hinaus übte ein seit Mitte der

²² BGBl 1974/474

²³ BGBl 1983/574

²⁴ Ministerratsvorlage über die Einsetzung eines Ministerkomitees vom 10.9.1970

²⁵ BGBl 1973/389

1960er berufener Staatssekretär eine koordinierende Funktion zwischen den zuständigen Ministerien aus (Hödl 2004: 39).

Nachdem Ulrich Stacher die Angebote der Arbeitsvermittlung abgelehnt hatte, traf er den damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Ernst Eugen Veselsky. Ihn kannte Stacher noch aus der gemeinsamen Zeit bei der Arbeiterkammer. Veselsky, der mit seinen Plänen aufhorchen ließ, eine der deutschen GTZ nachempfundene Gesellschaft für technische Zusammenarbeit zu gründen, hatte in den 1960ern in der Abteilung Wirtschaftspolitik und Budget der AK gearbeitet und war von 1970 bis 1977 Staatssekretär für wirtschaftliche Koordination im Kanzleramt. Er suchte für die geplante Gesellschaft für Internationale Entwicklungszusammenarbeit jemanden, der ein Konzept erstellen könnte und dann auch in die Geschäftsführung der Gesellschaft eintreten sollte. Zur besseren Vorbereitung vermittelte Veselsky Stacher in die Gruppe Entwicklungshilfe im BKA. Veselsky trat aber Anfang Oktober 1977 zurück und damit war auch der Idee der Gründung einer Gesellschaft der politische Boden weitgehend entzogen.

Stacher fing mit einem befristeten Vertrag in der Grundsatzabteilung an. Der Leiter der Sektion IV war vorher nicht damit befasst worden und der Leiter der Gruppe EH stand Neuaufnahmen mit entwicklungspolitischer Vergangenheit grundsätzlich skeptisch gegenüber. Stacher musste sich seinen Platz erkämpfen und die Vorgesetzten von seiner Brauchbarkeit und Kompetenz erst überzeugen. Dabei erwies sich die Aufnahme Stachers als personalpolitischer Glücksfall für die Gruppe, welche er auch hinsichtlich der Mitarbeiterkompetenz nachhaltig prägen sollte.

Zum Zeitpunkt von Stachers Eintritt, gab es nur wenige Mitarbeiter_innen mit einschlägiger Expertise²⁶. Einerseits wagten nur wenige frühere IKFE Mitglieder den Wechsel aus ihrer Anstellung in den Ministerien in die neugegründete Gruppe Entwicklungshilfe. Andererseits konnten die wenigsten der anfangs rekrutierten Mitarbeiter mit Auslands- und Projekterfahrung aufwarten. Wie

²⁶ Interview Spirik aus dem November 2015

händeringend nach auslandserfahrenen Mitarbeitern gesucht wurde, illustriert die Biographie eines bereits zu IKFE-Zeiten angestellten Mitarbeiters, der dann in die Gruppe übernommen wurde und dessen Auslandserfahrung sich auf die Kriegsgefangenschaft in Afrika beschränkte²⁷.

Aufgrund seiner langjährigen praktischen Erfahrung hatte Stacher in der Gruppe eine starke Stellung und konnte sich auch als einfacher Mitarbeiter ein gewisses Maß an Freiheit und Autonomie bewahren²⁸. In seinem ersten halben Jahr in der Grundsatzabteilung, die für OECD Agenden und Statistiken sowie die Dreijahrespläne zuständig war, schrieb Stacher im Auftrag von Veselskys Nachfolger, Staatssekretär Adolf Nußbaumer, ein Grundsatzpapier, das innerhalb der Gruppe und noch mehr in der Sektion zu diskutieren und zu verteidigen war. Nach 6 Monaten wurde der Vertrag auf einen unbefristeten umgestellt und seinem Wunsch entsprochen, der Projektabteilung zugeteilt zu werden. In den ersten Jahren der Tätigkeit der Gruppe stellte sich heraus, dass der Projektabteilung im Vergleich zur Grundsatzabteilung ein Vielfaches an Bedeutung zukam. Es war die Projektabteilung, welche über die Förderwürdigkeit der von den NGOs eingebrachten Projektanträge befand und so letztendlich die Fördermittel der technischen Hilfe verwaltete. Ende 1979 wurde Stacher dann zum Leiter der Programm- und Projektabteilung bestellt.

Aufgrund seiner Erfahrung war dies ein natürlicher Weg. Er trachtete eifrig danach, mehr Mitarbeiter mit ähnlichem Profil in die Gruppe zu holen. Ein Arbeitskollege, der mit Stacher in der Gruppe zusammenarbeitete, bescheinigt dessen Bemühungen und Leistungen hinsichtlich einer Professionalisierung der Gruppe – nicht nur in Personalfragen²⁹. Stacher brachte gut ausgebildete Leute mit Erfahrung in die Gruppe und war redlich darum bemüht, eine ordentliche und sachgemäße Entwicklungspolitik zu betreiben. Diesem Bemühen waren natürlich Grenzen gesetzt. Als Beamter konnte er nicht seine eigenen Vorstellungen von Entwicklungshilfe verwirklichen, sondern war den Vorgaben der Politik unterworfen.

²⁷ Interview Stacher vom 11.6.2014

²⁸ Interview Stachel aus dem Dezember 2017

²⁹ Interview Spirik aus dem November 2015

In seinen ersten Jahren in der österreichischen Entwicklungshilfeadministration arbeitete Stacher unter der Kanzlerschaft Kreiskys. Dessen Entwicklungshilfeagenda war, im Gegensatz zu jener der Vorgängerregierung, von großen Absichtserklärungen geprägt. Leider konnten die Resultate, zumindest quantitativ, nicht mit den Zielformulierungen mithalten. Die Bewertungen der Entwicklungshilfe in der Ära Kreisky fallen unterschiedlich aus. Während Quellen aus Kreiskys engstem Kreis, wie Jankowitsch (1983) seine Entwicklungshilfepolitik rühmen, äußern sich beispielsweise Ornauer (1983) und Kramer (1981) deutlich verhaltener. Zwar war die österreichische Entwicklungshilfe der Regierung Kreisky nicht schlechter als die der Vorgängerregierungen, sie wurde aber mit einem gänzlich anderen Anspruch kommuniziert. Während in den 1960ern von den Politikern noch unverblümt über Exportförderung als Entwicklungshilfemotivation gesprochen wurde, änderte sich die Tonart in den 1970ern. Als inklusiv, kooperativ und zum nachhaltigen Wohle der Empfängerländer wurde Kreiskys Entwicklungszusammenarbeit präsentiert und entbehrte dabei nicht eines gewissen moralischen Pathos. Doch Anspruch und Wirklichkeit stimmten nicht immer überein. Wie schon in den 1960ern wurde mit Entwicklungshilfe im Grunde Export- und Absatzförderung betrieben. Und obzwar sich Kreisky zweimal zur Leistung öffentlicher Entwicklungshilfe im Ausmaß von 0,7 Prozent des BNP verpflichtete, erreichten die österreichischen Leistungen während seiner Regierungszeit nicht einmal die Hälfte davon. Österreich, auch in den 1970ern ein Schlusslicht der DAC Geberländer, hatte einen der höchsten Anteile an gebundener Hilfe. Zudem war die Auswahl der Empfängerländer, wie bereits im Jahrzehnt zuvor, fast ausschließlich von prowestlichen Staaten gekennzeichnet.

Ende 1984 kam es zu einer Novelle des Bundesministeriengesetzes 1973³⁰, in deren Folge die Gruppe Entwicklungshilfe aufgelöst und dem Außenministerium einverleibt wurde. Nach dieser Kompetenzverschiebung hatte das Außenministerium neben den Agenden der multilateralen Entwicklungshilfe fortan auch die Verwaltung der bilateralen technischen Hilfe inne. Gegen Ende

³⁰ BGBl 1984/439

ihres Bestehens hatte die Gruppe rund 12 Mitarbeiter – fünf in der Projektabteilung und jeweils drei in der Grundsatz- und Finanzabteilung. Die Mitarbeiter der Gruppe übersiedelten beinahe geschlossen in die neu eingerichtete Sektion VII im Außenministerium³¹. In dieser Sektion VII wurden die Gruppe Entwicklungshilfe und die bereits bestehende Abteilung Entwicklungshilfe aus der Sektion III zusammengeführt. Diese Sektion VII wurde nun von Diplomaten geleitet - sehr zum Missfallen der projekterfahrenen Entwicklungshelfer unter den Mitarbeitern, die den neuen außenpolitischen Vorrang in der Entwicklungspolitik nicht für zielführend hielten.

Es kam damit regelmäßig zu Auffassungsunterschieden und persönlichen Differenzen. Zudem herrschten im Außenministerium andere Prioritäten hinsichtlich inhaltlicher Schwerpunkte und Zielländer. In diesem sachlich und personell angespannten Klima sah Stacher seine weitere Mitarbeit als nicht besonders sinnvoll an und er bewarb sich um die Stelle des stv. Geschäftsführers im ERP Fonds, die er mit Jänner 1986 auch antreten konnte. . Nach Auslaufen des Marshallplanes trafen die USA mit Österreich ein Abkommen, welches die Verwendung der ERP Mittel in der Entwicklungshilfe gestattete (Hödl 2004: 31). Zwar war der durch ERP-Mittel finanzierte Anteil an der öffentlichen Entwicklungshilfe gering, aber Stacher blieb in seiner Funktionsperiode Mitglied des durch das Entwicklungshilfegesetz installierten Beirates für Entwicklungshilfe. Insofern hatte auch diese Funktion mehrere Bezüge zur Entwicklungshilfe. Als stellvertretender ERP-Fondsgeschäftsführer wirkte Stacher knapp eineinhalb Jahre ehe er als Sektionsleiter der Sektion IV für wirtschaftliche Koordination zurück ins Bundeskanzleramt berufen wurde. Die unter Stacher neu aufgebaute Sektion widmete sich nunmehr der wirtschaftlichen Koordination und den internationalen Angelegenheiten im BKA, die Agenden der verstaatlichten Unternehmungen verblieben im Ministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr. In den 1980ern kam es zu einer Zurückdrängung der staatlichen Wirtschaft in der Entwicklungshilfe infolge der Privatisierungen staatlicher Unternehmen. Ebenso kam es zu einer Reduktion

³¹ Interview Spirik aus dem November 2015

der Handlungsfreiheiten von NGOs, die sich 1988 in der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe (AGEZ) organisierten, um ihren Positionen Ausdruck zu verleihen (Hartmeyer 1998: 25ff).

Als Leiter der Sektion IV baute Stacher die Osthilfe auf, die dann 1990 mit der abermaligen Übersiedlung der bilateralen technischen Hilfe ins Bundeskanzleramt in einer neuen Sektion aufging. Die Osthilfe bezeichnete die Unterstützung ehemaliger kommunistischer Länder nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und wurde von den etablierten NGOs zunächst als „Konkurrenz, ja sogar als Bedrohung“ (Lennkh 1998: 17) der bestehenden Entwicklungshilfe betrachtet. Langfristig erwies sich dieser Vorbehalt aber als substanzlos, da etliche Ostländer in unmittelbarer geographischer Nähe zu Österreich sehr bald einen wirtschaftlichen Entwicklungsgrad erreichten, der sie als Empfänger bilateraler Entwicklungshilfe ausschloss. Im Bundeskanzleramt wurde dafür die Abteilung für Ostzusammenarbeit eingerichtet, welche die Aufgaben in diesem Bereich bündelte und so als Koordinierungsstelle fungierte, aber auch programmatische Leitlinien definierte und Projekte verwaltete. Ziel der Abteilung war der spannungsfreie Übergang der Ostländer in ein demokratisches politisches System und in die Marktwirtschaft. Zusätzlich erhoffte man sich vor allem für die österreichische Wirtschaft lukrative Betätigungsfelder.

In den Jahren ab 1987 und der Rückkehr der Entwicklungshilfe ins BKA, war Stacher beruflich nicht mehr direkt mit Entwicklungshilfeagenden befasst, dennoch hörte das private Interesse an der EH natürlich nicht auf. Seine beruflichen Schwerpunkte lagen nun aber im Aufgabenbereich der Sektion IV, vor allem in der Vorbereitung des EU Beitritts im Rahmen einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die die österreichischen Verhandlungspositionen innerstaatlich vorzubereiten und zu koordinieren hatte.

Von 2003 bis 2007 bekleidete er seine letzte Position vor der Pensionierung. Stacher fungierte als Leiter der österreichischen Delegation bei der OECD in Paris. Dort kam er im Rahmen der Ausschussarbeiten wieder vermehrt mit

entwicklungspolitischen Themen in Berührung, ohne aber maßgeblich in der österr. Entwicklungszusammenarbeit verankert zu sein.

6. Abschließende Betrachtung

Gemessen an seinen zahlreichen Erlebnissen und seiner facettenreichen Biographie ist Ulrich Stacher wohl einer der interessantesten und vielseitigsten Protagonisten der österreichischen Entwicklungshilfe. Stacher verkörpert verschiedenste Zugänge zur Entwicklungshilfe in einer Person: Projektarbeit vor Ort, öffentlicher Dienst sowie Forschung. Im Zuge seiner zahlreichen Engagements durfte Stacher viele prägende Erfahrungen machen, die ihn wesentliche und praxisrelevante Erkenntnisse gewinnen ließen. Diese abschließende Betrachtung versucht einen Einblick darin zu geben, wie sich Ulrich Stacher aufgrund seiner umfassenden Erfahrung zu dem Menschen entwickelt hat, der er heute ist. Dabei wird auch auf seine Ansichten und Überzeugungen, welchen er immer treu geblieben ist, eingegangen.

An vielen Gabelungen seiner Berufskarriere stellte Stacher seinen Mut zu Neuem und seine Bereitschaft ins Ungewisse aufzubrechen, sowie seine charakterliche Beharrlichkeit, unter Beweis. Als er sich beispielsweise 1967 für die Tätigkeit als Entwicklungshelfer an einer Ausbildungsstätte im heutigen Burkina Faso entschied, gehörte Stacher nicht nur zu einem der ersten Jahrgänge österreichischer Entwicklungshelfer in Obervolta, vielmehr war dieses Engagement im Lichte seiner Herkunft und dem sozio-ökonomischen Kontext des damaligen Österreichs ein außergewöhnliches.

Für viele in den ersten Jahren der zweiten Republik aufgewachsene junge Menschen waren die beruflichen Weichen komplett anders ausgerichtet. Und auch wenn der Zeitgeist die Beschäftigung vieler junger Leute mit den weltpolitischen Ereignissen der Zeit, allen voran der Dekolonisierung, begründete, mündete dieses Interesse bei den wenigsten in die konkrete Absicht, selbst als Entwicklungshelfer tätig zu werden. Bei Stacher aber war dies der Fall. Und er tat dies zu einem Zeitpunkt, als es weder hinreichende Erfahrungen mit

österreichischen Entwicklungshelfern in Afrika gab, noch deren sozialrechtliche Absicherung im späteren Maße gewährleistet war. Sein Schritt in die Projekthilfe war somit nicht nur früh, sondern auch von Unsicherheiten und Improvisationsanforderungen geprägt und bezeugt ein hohes Maß an Neugier und Abenteuerlust. Auch dass er allen externen politischen Boykottmaßnahmen zum Trotz, denen nahezu alle seiner afrikanischen Projekte ausgesetzt waren, zehn Jahre lang am Kontinent tätig war, ist ein Indiz für seine persönliche Konsequenz und Beharrlichkeit. Angetrieben von der intrinsischen Motivation, seinen Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt zu leisten, blieb Stacher seiner Mission treu und arbeitete entgegen allen Rückschlägen eine Dekade an Projekten, Universitäten und in politischen Administrationen in fünf Ländern Afrikas.

Politisch ist Stacher der Sozialdemokratie zuzuordnen. Ein bloß der Vereinsmeierei verpflichteter Vorfeldorganisationsfunktionär, aus welchen beide Großparteien vorrangig rekrutierten, war er aber nie. Vielmehr ist Stacher ein unabhängiger, selbstbestimmter und kritischer Geist. Er stand stets bedingungslos zu seinen Überzeugungen, auch wenn ihm dies in einigen Situationen nicht gerade zum Vorteil gereichte und so manchen beruflichen Wandel begründete. Sich für die Lage der dritten Welt, sowie deren Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklung zu interessieren, entsprang womöglich dieser Nähe zur Sozialdemokratie.

Jedenfalls zeigen einige Episoden seines Lebens eine Identifikation mit sozialdemokratischen Grundwerten noch deutlicher auf: beispielsweise die Entscheidung, neben dem Studium eine technische berufliche Ausbildung zu absolvieren. Diese doppelte Qualifikation spiegelt einerseits die in Interviews bekundete Überzeugung wieder, auch das, was Stacher einen „handfesten Beruf“ nennt, erlernen zu wollen³². Neben seinem Interesse für Weltpolitik und seinem globalen Gerechtigkeitssinn, mutet vor allem diese Wertschätzung der von ihm selbst nur marginal erlebten körperlichen Arbeit sehr sozialdemokratisch an. Noch deutlicher bezeugt sie aber, andererseits, dass der junge Stacher vor

³² Interview Stacher vom 11.Juni 2014

Eitelkeit und überhöhter Selbsteinschätzung gefeiert war, zumal die damaligen Berufschancen von Akademikern überhaupt keine Notwendigkeit einer weiteren Qualifikation begründeten.

Generell gewinnt man in Gesprächen mit Ulrich Stacher sehr schnell und überzeugend den Eindruck, dass es sich beim Gesprächspartner um einen ehrlichen, geradlinigen und, trotz aller späteren beruflichen Erfolge, stark verwurzelten sowie bodenständigen Menschen handelt. Stacher hat eine sehr starke Persönlichkeit und einen ebenso gefestigten Charakter. Zudem ist er sehr prinzipientreu und lässt sich ebenso wenig verbiegen, noch ist er auf den Mund gefallen.

Unnachgiebig zeigt sich Stacher auch bei der Bewertung der Entwicklungshilfe und ihrer Akteure und Initiativen. Diesbezüglich hält er mit seiner Meinung nicht hinterm Zaun und zeigt sich vor allem als analytischer Realist. Wenn er etwas kritisiert, dann stets fundiert und unter genauer Kenntnis der Sachlage. Seine Kritik reicht von Grundsätzlichem, wie dem paternalistischen und bevormundenden Zugang der Geberländer, über konkrete Projekte bis hin zu österreichischen Entwicklungshilfemotiven und deren Umsetzung durch die Behörden. Kraft seiner langjährigen Erfahrung als Projektmitarbeiter und in der staatlichen Verwaltung vermag Stacher hinter die Kulissen zu blicken, und enttarnt in überzeugender Argumentation die wahren Beweggründe jener störender Erscheinungen. Stacher lässt sich nicht durch humanitäre Romantik verblenden und hinterfragt Entwicklungshilfeprojekte kritisch hinsichtlich ihrer praktischen Durchführbarkeit sowie Wirksamkeit.

So kritisiert er nicht nur die Vorstellung eines linearen Entwicklungspfades, sondern attestiert den Geberländern zusätzlich fehlgeleiteten Paternalismus und Vormundschaft. Er sah nicht nur, wie sich „Entwicklungsexperten“ über die Bedürfnisse der Bevölkerung und die bestehenden Strukturen des Empfängerlandes hinwegsetzten, sondern auch, wie Förderungen in medial verwertbare Leuchtturmprojekte flossen, welche wenig konkreten Nutzen boten.

Auch sah er, wie Übergaben den Bestand eines Projektes gefährden können³³. Generell meint Stacher, sei das Expertenwesen zu einer eigenen Profession geworden, welche den Entsendeten vielfach ein, vor allem verglichen mit dem Preislevel des Empfängerstaates, üppiges Gehalt bot, ohne dass der Gegenwert erkennbar geworden wäre. Zudem würden viele Experten zu leichtfertig entsendet, ohne dass sie eine hinreichende Ausbildung, noch eine gründliche Vorbereitung, hatten. Stacher sah zudem, dass viele Projekte bereits in ihrer Konzeption scheiterten. Sei es aus fahrlässiger Unachtsamkeit seitens der Geber, wie dass diese keine Bankdokumente verlangten, oder aber bedingt durch die fehlende Eignung auf Seiten der Empfänger³⁴. Und der landläufigen Meinung zum Trotz, laut der die Bürokratien der Empfängerstaaten in hohem Maße korruptionsanfällig seien, erlebte Stacher auch korruptes Verhalten von den Gebern. Diese meinten es nicht immer am besten mit den Empfängern und zerstörten so einige potentiell erfolgreiche Initiativen. Deswegen versteht Stacher auch nur zu gut, dass viele Afrikaner dem westlichen Entwicklungsmodell gegenüber skeptisch wurden³⁵.

Im Zuge seiner Tätigkeit in Afrika wurden ihm auch schnell die Beschränkungen der Entwicklungsarbeit durch externe Umstände bewusst. Mehrfach wurde er hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit von Projekten desillusioniert. Zwar waren alle seine Projekte *„von der Idee her sinnvoll und in ihrer Konzeption durchdacht“*, sie wurden aber oft Opfer politischer Interessenskämpfe³⁶. Stacher erlebte in Afrika, dass bereits ausgearbeitete und finanzierte Projekte gestoppt wurden, indem ihnen die Mittel entzogen wurden, weil die hinter dem Projekt stehende oder mit der Durchführung beauftragte Person politisch in Ungnade gefallen war, oder aber, weil die Projekte Interessen unterschiedlicher Personengruppen beeinträchtigten, welche ihre gegenteilige Position durchzusetzen vermochten. Eine sehr deutliche Demonstration politischer Einflussnahme konnte Stacher erleben, als er im kenianischen

³³ Interview Stacher vom 25. November 2014

³⁴ Interview Stacher vom 23. November 2015

³⁵ Interview Stacher vom 25. November 2014

³⁶ Interview Stacher vom 25. November 2014

Genossenschaftsministerium beauftragt wurde eine Kontroll- und Revisionsstelle zu errichten³⁷. Von einer solchen waren viele nicht allzu angetan, wobei Stacher meinte, nicht bloß kenianische Verantwortliche steckten sich etwas in die eigene Tasche – auch Mitarbeiter der Geberinstitutionen griffen bei der Veruntreuung von Projektmitteln mitunter kräftig zu.

Im Zuge seiner Erfahrungen erlangte Stacher somit unterschiedliche Erkenntnisse bezüglich der Planung und Durchführung von Entwicklungshilfeprojekten. Einerseits hängt deren Erfolg maßgeblich von den beteiligten Akteuren ab. Selbst perfekt konzipierte und mit Finanzierungszusagen ausgestattete Projekte können scheitern, wenn der politische Wille fehlt oder abhandenkommt. Dabei spielen externe, von den Projektmitarbeitern nicht beeinflussbare Vorgänge, oft eine entscheidende Rolle. Zudem ist der vielfach vorherrschende Mangel an fundierter Sachkenntnis, sowohl aufseiten der Geberländer als auch der Empfänger, ein Problem. Projekte werden oft mit bester Absicht, aber deutlich von der intendierten Wirkung divergierend, über die Köpfe der Empfänger hinweg oktroyiert – oft mit deutlich negativen Auswirkungen auf jene, denen eigentlich geholfen werden soll³⁸.

Mehrfach, meinte Stacher, habe er beobachtet, wie den Empfängerländern mehr geschadet als geholfen wurde³⁹. Dabei erwähnt er, unter anderem, dass der afrikanische Textilmarkt mit second-hand Kleidungsstücken zu einem derart niedrigen Preis überschwemmt wird, dass lokale Textilproduzenten nicht mehr konkurrieren können was letztlich deren Untergang mitsamt dem Verlust an Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen bedeutet. Dabei sind die Menschen mit den gebrauchten Kleidungsstücken alles andere als zufrieden und es transportiert auch eine gewisse symbolische Konnotation. Ebenso verhält es sich mit hoch subventionierten Nahrungsüberschussexporten aus dem Norden, welche die lokale Agrarproduktion zerstören, die mit den Importwaren nicht konkurrieren kann. Die Folge ist eine weitere Verelendung der Landbevölkerung und

³⁷ Interview Stacher vom 11. Juni 2014

³⁸ Interview Stacher vom 25. November 2014

³⁹ Interview Stacher vom 11. Juni 2014

zunehmende Landflucht⁴⁰.

Eine andere und konkrete Episode betrifft ein Leuchtturmprojekt – die für das Empfängerland kostenlose Entsendung von österreichischen Krankenschwestern nach Kenia. Die Konsequenz war, dass die einheimischen Krankenschwestern Angst um ihre Arbeitsplätze hatten, denn sie waren im Gegensatz zu den österreichischen Krankenschwestern nicht kostenfrei für das Krankenhaus verfügbar. Als Reaktion wurde dann die Ausbildung der österreichischen Krankenschwestern nicht als ausreichend anerkannt, welche dann eine örtliche Zusatzausbildung absolvieren mussten. Diese als Zeichen des Protests durchgeführte Maßnahme verstanden die österreichischen Entsendeorganisationen wiederum nicht zu deuten, obzwar die Bedenken nur allzu verständlich waren: Vor Ort wollte man Unterstützung in der Ausbildung und nicht verstärkte Konkurrenz am Arbeitsplatz⁴¹.

Als jemand, der rund zehn Jahre in Afrika gelebt hat, weiß Stacher im Gegensatz zu vielen Technokraten der Entwicklungshilfeadministrationen der Geberländer, dass ein paternalistischer und von Entwicklungspatentrezepten geprägter Zugang wenig zielführend ist. Zu Recht beklagt er die Arroganz des Nordens, der glaubt die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu kennen als diese selbst oder deren Regierungen⁴².

Auch an der staatlichen österreichischen Entwicklungshilfe, deren Mitarbeiter er lange war, spart Stacher nicht mit Kritik. Vor allem in der Anfangszeit der österreichischen Entwicklungshilfe verortet er grundlegende Mängel, wenn er meint, hier wären teilweise großzügig Mittel vergeben worden, ohne eine entsprechende Gebarungs- und Verwendungskontrolle im Rahmen einer Projektevaluierung nachzuschalten. Vor allem die personell unzureichende Ausstattung der früheren staatlichen Entwicklungshilfeverwaltung war ihm ein Dorn im Auge, denn die meisten Mitarbeiter hatten so gut wie keine Expertise im Bereich der Entwicklungshilfe. Demgegenüber stieg Stacher mit breiter

⁴⁰ Interview Stacher vom 11. Juni 2014

⁴¹ Interview Stacher vom 11. Juni 2014

⁴² Interview Stacher vom 23. November 2015

Erfahrung in entwicklungspolitischer Praxis in die Verwaltung ein – ein Umstand, der ihn dann im Staatsdienst auch weitgehend unbeeinträchtigt arbeiten und schnell aufsteigen ließ. Sein Repertoire an Erfahrungen gereichte ihm persönlich somit zum beruflichen Vorteil, strukturell aber war und ist das Fehlen von ausreichend qualifizierten Mitarbeitern ein grundsätzliches Problem der österreichischen Entwicklungshilfe.

Seinem Erlebten verdankt Stacher auch die Eigenschaft, die Interessen der jeweiligen beteiligten Akteure zu durchschauen – eine Fähigkeit, die in Interviews mit ihm klar zum Vorschein kommt. Das wird auch von ehemaligen Arbeitskollegen bezeugt, die meinen, dass er den projektrtragstellenden Unternehmen sehr unnahbar gegenüber auftrat und deren Motivation meist klar erkannte und auch benannte⁴³. Mit dem Wissen um die Beweggründe für entwicklungspolitische Aktivitäten, kritisiert er treffend Zweckverklärung und Fehlverhalten, würdigt aber gleichzeitig Leistungen.

Obwohl Stacher überhaupt nicht den Eindruck erweckt, ein frommer Kirchengescheher oder gar religiös zu sein, würdigt er beispielsweise die Verdienste der katholischen Kirche vor allem in der Frühphase der österreichischen Entwicklungshilfe. Hier musste die Kirche sehr lange alleine die notwendige Arbeit leisten und frühe Entwicklungshelfer wurden beinahe ausschließlich aus kirchlichen Kreisen angeheuert. Der Kirche attestiert Stacher, der selbst mit dem IIZ zu seiner ersten Station in Obervolta aufbrach, eine gute Ausbildung ihrer Fachkräfte und Experten. Ganz im Gegensatz zu der einzigen nichtkatholischen Entsendeorganisation, die es in der Anfangszeit gab. So attestiert er beispielsweise vielen Jugendfunktionären der beiden großen Parteien, welche im Jugendrat für Entwicklungshilfe versammelt waren, dass sie unter dem Deckmantel der Projektbegutachtung und -auswahl vielfach eher ihre Fernreiseambitionen bedient hätten, als sinnvolle entwicklungspolitische Arbeit zu leisten⁴⁴.

Seine berufliche Laufbahn hindurch stellte er unter Beweis, dass er das, was ihn

⁴³ Interview Spirik aus dem November 2015

⁴⁴ Interview Stacher vom 11. Juni 2014

störte, auch direkt ansprach. Und wenn ihm die Umstände eine unerträgliche Entwicklung zu nehmen schienen, dann besaß er auch die Konsequenz sich zu verabschieden. Dies war im Rahmen seiner Entwicklungshelfertätigkeit in Afrika mehrfach der Fall. Auch das Außenministerium verließ er wenige Zeit nach der Übersiedlung der bilateralen Entwicklungshilfe dorthin, weil ihm das Arbeitsgefüge und vor allem das Primat der Diplomaten, die nicht zwingend die notwendige entwicklungspolitische Kompetenz besaßen, missfielen. Auch als er seine Parteimitgliedschaft unter Werner Faymann ruhend stellte, zeigte sich Stacher kompromisslos⁴⁵.

Bei aller Charakterhaftigkeit der Person Ulrich Stachers, der nie Konformist, sondern immer ein unabhängiger Denker war, ist es ihm umso stärker anzurechnen, dass er immer wieder aufs Neue mit großer Verantwortung betraut wurde. Denn kritische Menschen, welche obendrein ihre Kritik auch artikulieren, sind nicht zwingend prädestiniert eine derart erfolgreiche Karriere im österreichischen öffentlichen Dienst zu durchlaufen. Stachers berufliche Entwicklung bezeugt, dass sein Umfeld stets von seinen Fähigkeiten überzeugt war. Ansonsten hätten diverse Alleingänge womöglich in einer beruflichen Sackgasse geendet. So aber, war er in der Lage, seine kritischen Ausführungen durch fundierte Kenntnisse zu untermauern und damit auch wichtige Veränderungsprozesse in seiner Arbeitswelt einzuleiten.

Als Paradebeispiel seien hier seine Bestrebungen und Leistungen hinsichtlich der Professionalisierung der Gruppe Entwicklungshilfe genannt. Da die Gruppe die Basis dessen war, was auf lange Zeit die Administration der bilateralen Hilfe definierte, war dieser Einfluss ebenso nachhaltig wie tiefgreifend. Davon profitierten zuerst das Außenministerium und später wieder das Bundeskanzleramt. Als projekterfahrenster Mitarbeiter in der damals noch jungen Gruppe Entwicklungshilfe stellte er die Weichen für die kommenden Jahre und trug wesentlich zur Professionalisierung der Tätigkeit bei. Was Stacher damals so tatkräftig und engagiert mitgestaltete, wurde übernommen und

⁴⁵ Interview Stacher vom 11. Juni 2014

Grundlage für eine funktionierende Entwicklungshilfeverwaltung. Diese „Nachhaltigkeit“ muss der Gradmesser seines entwicklungspolitischen Beitrages sein. Denn die öffentliche Entwicklungshilfelandschaft blieb – wie auch schon davor – während seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst von fehlender Kontinuität und zersplitterten Kompetenzen geprägt. Dies entzog sich aber Stachers Möglichkeiten der Einflussnahme. Dort wo er mit Verantwortung betraut wurde, wusste er jedenfalls zu überzeugen, wie dies beim Aufbau der Osthilfe, die eng mit seinem Namen verknüpft ist, der Fall war.

Abschließend betrachtet, handelt es sich bei Ulrich Stacher um einen Menschen, dem es sehr darum gelegen war und ist, sich für Belange der Dritten Welt einzusetzen. Seine intrinsische Motivation lässt sich nicht nur an seinem Lebensweg, durch den sich die Entwicklungshilfe wie ein roter Faden zieht, erahnen, sondern auch an seinen nicht-beruflichen Aktivitäten. Seine zwar nicht ausufernde, aber immerhin vorhandene, Publikationstätigkeit ist eines dieser Indizien. Er blieb sich selbst immer treu und ist, retrospektiv betrachtet, froh, dass er nie eine „Philosophie verkaufen musste“⁴⁶.

Man muss ihm einfach zugestehen, dass er es ehrlich damit meint und seinen Beitrag dazu leistet, die Welt ein Stück besser zu machen.

⁴⁶Interview Stacher vom 11. Juni 2014

Bibliographie

- Brusatti, Alois (1961): *Österreichs Anteil an der Entwicklungshilfe*. In: Österreichische Monatshefte 17/7-8, pp. 8-11
- Brusatti, Alois, Karpstein, Hertha & Wintersberger, Dieter (1963): *Österreichische Entwicklungshilfe. Leistungen und Möglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Vermittlung von Wissen und technischem Können*. Horn: Ferdinand Berger Verlag
- Eder, Rudolf & Krobath, Hermann (1972): *Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe 2. Die österreichische Entwicklungshilfe: Politik – Organisation – Leistung*. Wien: ÖFSE
- Eder, Rudolf & Krobath, Hermann (1975): *Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe 1. Österreichische Partner der Entwicklungsländer: Die nichtstaatlichen Organisationen*. Wien: ÖFSE
- Hartmeyer, Helmut (1998): *Einmal Hochschaubahn und zurück: Wandlungen innerhalb der österreichischen EZA unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen und Perspektiven der österreichischen Nichtregierungsorganisationen*. In: Journal für Entwicklungspolitik, XIV/1, S. 23-40, 1998
- Huber, Othmar (1967): *Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe*. In: Österreichische Monatshefte 23/1-3
- Hödl, Gerald (2004): *Die Anfänge – vom Empfänger – zum Geberland. Archäologische Untersuchungen zur österreichischen Entwicklungshilfe*. In: Gomes, Bea de Abreu Fialho, Irmi Hanak & Walter Schicho (eds) *Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster*. Wien: Mandelbaum, pp. 27-45.
- Hödl, Gerald (2003): *Österreich und die Dritte Welt: Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1995*. Wien: Promedia.
- Höll, Othmar (1986): *Österreichische Entwicklungshilfe 1970-1983. Kritische*

- Analyse und internationaler Vergleich*. Wien: Braumüller,
- Jäggle, Martin (1981): *Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in Österreich*. In: Khol, Andreas & Stirnemann, Alfred [Hrsg.]: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980*. München: R. Oldenbourg Verlag, pp. 339-360
- Jankowitsch, Peter (1983): *Österreich und die dritte Welt. Ein neues Kapitel Außenpolitik*. In: Bielka, Erich, Jankowitsch, Peter & Thalberg, Hans [Hrsg.]: *Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*. Wien: Europaverlag, pp. 257-292
- Kramer, Helmut (1978): *Österreich und die dritte Welt. Am Beispiel Entwicklungshilfe*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politik* 7/3, pp. 321-340
- Kramer-Fischer, Dorit (1981): *Ein neuer Marshall-Plan für die dritte Welt*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politik* 10/2, pp. 139-152.
- Kumpfmüller, Karl (1979): *Entwicklungshilfe – für wen? Darstellung der gegenwärtigen Entwicklungshilfepraxis unter besonderer Berücksichtigung Österreichs*. In: Raffer, Kunibert [Hrsg.]: *Probleme des Nord-Süd-Verhältnisses*. Wien: Edition öh, pp. 100-114
- Lennkh, Georg (1998): *Neue Tendenzen und Überlegungen in der Entwicklungszusammenarbeit – Ihre Bedeutung für Österreich*. In: *Journal für Entwicklungspolitik* XIV/1, pp. 7-22
- Liebmann, Andreas (1994): *Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit*. Wien: Verlag Österreich, Österreichische Staatsdruckerei
- Meredith, Martin (2005): *The state of Africa – a history of the continent since independence*. London: Free Press
- Ornauer, Helmut (1979): *Zur österreichischen Entwicklungshilfe und Entwicklungshilfepolitik*. In: Khol, Andreas & Stirnemann, Alfred [Hrsg.]: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978*. München: R. Oldenbourg Verlag, pp. 313-344
- Ornauer, Helmut (1983): *Ein Marshallplan für die dritte Welt?*. In: Khol,

- Andreas & Stirnemann, Alfred [Hrsg.]: *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1982*. München: R. Oldenbourg Verlag, pp. 207-237
- Rathkolb, Oliver (2015): *Die paradoxe Republik: Österreich 1945 bis 2015*. Wien: Paul Zsolnay Verlag.
- Rathkolb, Oliver (2006): *Internationalisierung Österreichs seit 1945*. Innsbruck/Wien: StudienVerlag.
- Skuhra, Anselm (1984): *Das österreichische Entwicklungshilfeprogramm – Ziele, Änderungen und ihre Ursachen*. In: Kolland, Franz [Hrsg.]: *Dritte Welt in Forschung und Politik*. Wien: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten, pp. 30-37
- Stacher, Ulrich (2004). *Die Rolle der Kleinstaaten in der OECD*. In: Busek, Erhard (Hg.) *Der Kleinstaat als Akteur in den internationalen Beziehungen*. Vaduz : Verl. der Liechtensteinischen Akad. Ges., Liechtenstein politische Schriften 39, pp. 324-329
- Vocelka, Karl (2009): *Geschichte Österreichs: Kultur, Gesellschaft, Politik*. Wien: Styria.
- Vocelka, Karl (2011): *Österreichische Geschichte*. München: CH Beck. (Becksche Reihe Vol. 2369)
- Wagner, Alois (1968): *Sieben Jahre Entwicklungshelferdienst der Katholischen Landjugend Österreichs*. Wien: Entwicklungshelferdienst 31.1.1968 (Diözesanarchiv Linz, Nachlass A. Wagner)
- Winkler, Otto (1968): *Österreichs Entwicklungshilfe im internationalen und nationalen Rahmen*. Wien: IIZ (Arbeitsskriptum, Archiv H3000)
- Winkler, Otto (1980): *Österreichs Entwicklungshilfe: Entwicklung wohin? Hilfe für Wen?*. In: Wiegele, Miriam [Hrsg.]: *Entwicklungspolitik und Universitätsausbildung*. Wien: Ed. ÖH, pp. 165-170

Annex:

Ulrich Stacher - Österreichs Botschafter bei der OECD, über den Globalisierungs- Wettbewerb: "*Rentabilität sollte nicht das Maß aller Dinge sein*"

Interview von Ingeborg Waldinger, vom 23.11.2007

https://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wz_reflexionen/zeitgenossen/91351_Ulrich-Stacher.html (9.3.2018)

Stacher, Ulrich: *Tanzania auf dem Weg zur Dezentralisierung*. Manuskript: Archiv H3000 / Karton 83

Stacher, Ulrich (1973): *Socialist oriented models: Madagascar's „African Socialism“*. In: Joachim Voß (ed.) *Development Policy in Africa*. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung ; Bd. 105)

Stacher, Ulrich (1975): *An Analysis and Prognosis on main economic and social factors in Kenya's Development*. Nairobi: Ministry of Cooperative Development, 1975

Stacher, Ulrich (2004): *Die Rolle der Kleinstaaten in der OECD*. In: Busek, Erhard (Hg.) *Der Kleinstaat als Akteur in den internationalen Beziehungen*. Vaduz : Verl. der Liechtensteinischen Akad. Ges, Liechtenstein politische Schriften 39, pp. 324-329

Stacher, Ulrich (2011): *Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zur gerechteren Ressourcennutzung?*. In: Kromp-Kolb, Helga (Hg.). *Ethik und Ressourcenverknappung*. Münster: Lit Verlag, pp. 130-145.

Stacher, Ulrich (2013): *Klarstellungen zu den Begriffen und Beispiele zur Problematik von Förderungen*. In: Bauer, H. et al.(Hg.). *Zur Effizienz der Förderpolitik im Bundesstaat. Effizienz und Koordinierungsaspekte*. Graz: Neuer Wissenschaftlicher Verlag, pp. 130-136.

Mitautor von: Cox, Helmut, J. Langkau, D. Mezger & U. Stacher (1972): *„Intensive Development Zones“ als Strategie zur Entwicklung ländlicher Räume in Zambia*. Bonn: BMZ.